

tur der Transition *politisch reaktiviert*. Dies soll eine Sensibilität dafür schaffen, wie die Asymmetrie zwischen der tradierten Ordnung und der neuen Gegenhegemonie gewahrt bleibt. Es soll aber auch skizzieren, wie es im Jahrzehnt nach dem Ausbruch der Empörtenproteste zu neuartigen Hybridisierungen zwischen der neuen Gegenhegemonie und der alten Hegemonie kommt. Dazu ist anzumerken, dass sich die folgende Analyse gezwungenermaßen auf der Ebene einer politischen Diskursanalyse im engeren Sinne bewegt. Ich blende dabei die Tatsache aus, dass die Kultur der Transition nicht nur eine symbolische Ordnung ist, sondern dass auch sie als eine angeeignete Kultur gelebt wird. Die Resilienz der tradierten Ordnung erklärt sich nicht nur in der Wirksamkeit ihrer symbolischen Knotenpunkte – die sich nach 2011 rekonfigurieren. Die Kultur der Transition *ist* eine Kultur, sie wird ihrerseits durch Existenzweisen und Passagenpunkte getragen, deren Veränderung, oder Beharrungsvermögen, einer eigenen Studie bedürften.

## 2.1 Erste Bewegung: Verdrängung durch staatliche Gewalt

Erst die Indignados und später die neuen linken Parteien werden – zumindest anfangs – vom politischen Establishment gar nicht erst als legitimer Gegner anerkannt. Diese politische Dezertifizierung hat viele Seiten, ihre prononcierteste und in dieser Arbeit immer wieder behandelte jedoch besteht in der *Konstruktion eines Ordnungsproblems*. Denkt man an die Platzbesetzungen vom Frühjahr 2011, so fällt auf, dass die etablierten Akteure in Politik wie Medien die Besetzungen nicht recht einzuordnen und zu benennen wissen. Die Bezeichnung der Proteste als »Indignados« ist schon in sich selbst der Ausdruck des Unvermögens, die auf den Straßen und Plätzen sich vollziehenden Praktiken als politische Artikulationen zu lesen. Zwar zeigen sich einzelne Akteure responsiv gegenüber den Protesten, die politischen Entscheidungsträger auf kommunaler und regionaler Ebene sehen jedoch in den Indignados vor allem eine Gefahr für die Demokratie. Die Proteste der Indignados werden als ein Akt des stummen, wenn nicht antipolitischen Aufruhrs gedeutet, der potentiell gewaltsam die Unzufriedenheit gegenüber den geltenden Verhältnissen ausdrückt – und insofern als illegitim abzutun ist.<sup>13</sup> Besonders ausgeprägt fällt dies im Fall von Barcelona aus. Der Einsatz der Bereitschaftspolizei am 27. Mai 2011, um das Empörtencamp zu räumen, weil dort (angeblich) ein Hygieneproblem besteht, konfrontiert die Campierenden erstmals mit der Staatsgewalt. War der Antagonismus gegenüber den politisch-ökonomischen Eliten und der angeblich durch sie induzierten sozioökonomischen Malaise in den ersten Wochen des Protestes noch eine symbolische Losung, so geschieht mit solchen Polizeieinsätzen eine jähe *Materialisierung* des Gegensatzes zwischen der alten Ordnung und ihrem Gegenentwurf (siehe: Kap. III.3.c).

Diese auf den Staat zugespitzte Konfrontation ist in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzen. Den Indignados wird vor Augen geführt, dass sich die von ihnen postulierte Spaltung der Gesellschaft in einer Konfrontation mit der Staatsgewalt zuspitzt,

13 Akte des öffentlichen Aufruhrs als gewaltsame *riots* zu disqualifizieren, gegenüber denen nur staatliche Repression hilft, hat eine lange Tradition. Mit Ferdinand Sutterlüty (2013: 9–19) würde ich dem entgegenhalten, dass dies eine »defizitäre Deutung« bleibt, die den politischen, ja normativen Anspruch derartiger Proteste verkennt.

welche die kollektiven Ermächtigungspraktiken auf dem Platz und in den Asambleas in ihre Schranken weist. Die, in den Worten von Popitz (1986: 61ff.), »bindende Aktionsmacht«, welche die staatlichen Entscheidungsträger ausüben, um die Proteste einzudämmen oder aufzulösen, erweist sich für die politischen Repräsentanten ebenfalls als ein Akt der Ermächtigung. Er führt allseits vor, dass sich im Staatsapparat und in dessen Kontrolle eine – wenn nicht die – zentrale Form der Souveränität kristallisiert. So stark streckenweise die Unterstützungsraten für die Indignados sind, die Kräfte, die kommunal, regional und spanienweit regieren, üben nicht nur eine Repräsentationsfunktion aus, sie verfügen auch über das staatliche Gewaltmonopol, um ihre Positionen angesichts von Gegenwehr durchzusetzen. Über Gewalt lässt sich zwar (in Demokratien) nicht willkürlich verfügen, in Spanien wird sie aber gegen die Indignados durchaus *strategisch* eingesetzt. Wenn der katalanische Ministerpräsident Artur Mas im Juni 2011 die Proteste vor dem *Parlament de Catalunya* als »Kale borroka« (baskisch für Straßenkampf) bezeichnet und damit die Indignados mit der gewaltsamen Stadtguerilla des Baskenlandes in den 1980er und 1990er Jahren vergleicht, dann ist dem Protest nicht nur seine politische Legitimität genommen, sondern auch die »exemplarische Strafe« legitimiert, die Präsident Mas gegen all jene einfordert, »die einen unverblühten Anschlag auf unsere Demokratie und unser Parlament unternommen haben« (Mas in Público 2011).<sup>14</sup>

Zum expliziten Einschreiten gegen die Empörtenproteste kommt es im Untersuchungszeitraum immer wieder. Verbunden mit der strategischen Einsetzung des staatlichen Gewaltapparates ist dessen alltägliche Mobilisierung. Wichtiger als die Eindämmung punktueller Protestereignisse ist die Härte, mit welcher der spanische Staat gegen die großen Bevölkerungsteile vorgeht, die von der ökonomischen Krise betroffen sind. Gestützt auf einen restriktiven juristischen Rahmen<sup>15</sup> werden – wie sich im ethnographischen Part zeigte – Praktiken der Zwangsräumung zum Alltagsphänomen. Das jahrzehntelange von der Kultur der Transition instituierte Axiom der Individualisierung zeigt sich hier von seiner Schattenseite. Ähnlich wie dies bereits in den 1980er und 1990er Jahren mit dem von industriellem Abbau und arbeitsmarktlcher Flexibilisierung betroffenen Proletariat geschah (Kap. II.2.c), werden die Verletzungserfahrungen eines großen Bevölkerungsteils invisibilisiert und zur tabuisierten Begleiterscheinung einer Gesellschaft gemacht, die ihre ökonomische Flexibilität durch soziale Individualisierung einlöst. Das Leiden, das ab 2008 Spaniens »große Rezession« auslöst, wird im Untersuchungszeitraum seitens der konservativen Regierungspartei PP übergangen, als ein notwendiges Übel betrachtet, das der neoliberale Austeritätskurs mit sich bringt. Der Topos, dass ökonomische Liberalisierung zu Wachstum und Fortschritt führt, wird unbeugsam reaktiviert (Kap. II.2.b).

Was bei dieser Fixierung auf das (erhoffte) Wachstum ausbleibt, ist ein offener Umgang mit der Gesellschaftskrise in der Jetztzeit. Die Zwangsräumungen sind nur das

14 Tatsächlich wurden im Zusammenhang mit den Protesten im Jahr 2011 20 katalanische Indignados zu einer je dreijährigen Haftstrafe verurteilt.

15 Das polizeiliche Einschreiten gegen die Bewegung wird 2015 durch die umstrittene Reform des Strafgesetzbuches seitens der amtierenden Konservativen noch verschärft. Die als *ley mordaza* (Knebelgesetz) bekannte Reform gibt der Polizei einen großen Ermessensspielraum, um gewisse Praktiken als Delikte zu identifizieren und mit (sehr) hohen Geld- und Haftstrafen zu ahnden.

sichtbarste einer Reihe von Phänomenen, die offenlegen, dass Armut, Prekarität und sozialer Abstieg die spanische Bevölkerung querschnittartig betreffen.<sup>16</sup> Angesichts dieser Krisenlage wird der seit jeher schwache spanische Wohlfahrtsstaat nicht gestärkt, sondern im Zeichen des Sparkurses weiter beschnitten. Wie P. Kenna et al. (2016: 74, 106) hervorheben, werden in Spanien die Zwangsgeräumten nicht in Sozialwohnungen, sondern bei ihren Familien untergebracht. Wo dieses soziale Netz fehlt, etwa bei den stark betroffenen Migrantinnen, droht Obdachlosigkeit. Dem wirkt der Staat nicht als Sozialstaat entgegen. Vielmehr tritt er als vermeintlich neutrale Instanz auf, die im scheinbar rein privatrechtlichen Verhältnis von Hypothekenschuldnern und Hypothekengläubigern respektive von Mieterinnen und Vermieterinnen interveniert, um den säumigen Schuldnern im Zweifel mit Gewalt ihre Immobilie zu nehmen. Die asymmetrischen sozioökonomischen Verhältnisse, welche die Krise mit sich bringt, werden staatlicherseits nicht gelindert, sondern gepanzert. Zugespitzt gesprochen: Die Staatsgewalt steht auf der Seite der Krisengewinner, während sie die doppelt drangsalierten Krisenverliererinnen mit dem Versprechen auf einen Fortschritt *à venir* beschwichtigt.

Die Gewalt ist die Ultima Ratio der herrschenden Ordnung gegenüber einer Krise, die besteht, obwohl sie im diskursiven Horizont der Kultur der Transition nicht bestehen dürfte. Zwar setzt sich die Staatsgewalt gegenüber den Praktiken des Protests und Ungehorsams fast immer durch. Doch dieser strategische Vorteil erweist sich zugleich als strategischer Nachteil. Jede Räumung eines Platzes oder einer Wohnung, gegen die Widerstand geleistet wird, jede gewaltsame Auflösung einer Demonstration oder symbolische Disqualifizierung von politischen Praktiken zu bloß kriminellen Randalen birgt die Gefahr, dass sich der Antagonismus zwischen sedimentierter Hegemonie und entstehender Gegenhegemonie weiter zuspitzt. So wird postwendend die Spaltung der Gesellschaft zwischen denen von oben, die den Ist-Zustand erhalten wollen, und denen von unten, die einen Wandel hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit einfordern, von einer symbolischen Parole zur empirisch erhärteten Realität. Und auf wessen Seite steht man lieber, wenn man miterlebt, dass plötzlich die unscheinbare Nachbarsfamilie zwangsgeräumt wird? Auf der Seite des Immobilienkonzerns und des Staates oder auf der Seite der Aktivistinnen, die diese Räumung mit dem omnipräsenten Slogan *Sí se puede!* zu verhindern suchen? Nach 2011 ist die Sache klar. Fast 90 Prozent der Spanierinnen begrüßen 2013 das Engagement der PAH, sprechen sich für ein zumindest zeitweiliges Moratorium von Zwangsräumungen aus und plädieren für grundlegende Reformen des Immobilienmarktes (vgl. El País 2013b). Solche Zahlen lassen die Vormachtstellung der historisch gewachsenen Ordnung wanken. Ihre Legitimität lässt sich nicht allein durch Gewalt wiederherstellen.

16 Hier wäre die Arbeitslosigkeit anzuführen, die 2011 bis 2016 zwischen 27 und 20 Prozent oszilliert (40 bis 50 Prozent bei den unter 35-Jährigen), die Zeitarbeit, die ein Viertel der Arbeitnehmerinnen betrifft, die irreguläre Beschäftigung, die 20 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht, und der Niedriglohnssektor, bewegt sich doch der Medianlohn 2016 bei unter 1.600 Euro monatlich.